Haushaltssatzung

der Stadt Schneverdingen für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Schneverdingen in der Sitzung am 28.11.2018 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird

1.	im Ergebnishaushalt		
	mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
1.1	der ordentlichen Erträge auf	31.512.000	Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	31.017.800	Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	35.600	Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0	Euro
2.	im Finanzhaushalt		
	mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	29.964.300	Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.301.200	Euro
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	2.255.200	Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	6.388.800	Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	2.818.700	Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	348.200	Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	35.038.200		Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	35.038.200		Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditemächtigung) wird auf 2.818.700 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.025.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2019 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.994.050 Euro festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer		
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	380 v. H.	
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	380 v. H.	
2.	Gewerbsteuer	380 v. H.	

§ 6

Die Höhe der unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, bei denen die Bürgermeisterin gemäß § 117 Abs. 1 Satz 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Zustimmung allein erteilen darf, wird auf 5.000 Euro festgesetzt.

Schneverdingen, den 28.11.2018

L.S.

gez.

Meike Moog-Steffens
Bürgermeisterin